

# DIE EU NACH DEN WAHLEN: WAS STEHT AUF DEM PROGRAMM?

Jacques Delors | Gründungspräsident von *Notre Europe* – *Jacques Delors Institut*

António Vitorino | Präsident von *Notre Europe* – *Jacques Delors Institut*

Viele Debatten konzentrieren sich auf die Frage, wer 2014-2019 die wichtigsten Entscheidungsträger in der EU sein werden. Wesentlich ist jedoch eine politische Richtungsentscheidung für das Vorgehen der EU nach den Europawahlen vom 22.-25. Mai, so das Thema dieses Beitrags von Jacques Delors und António Vitorino. Dieser Kommentar wurde auch auf der Internetseite der *Huffington Post*, auf der Webseite *EurActiv.com*, im *Corriere della sera* und, in gekürzter Fassung, im *Handelsblatt* veröffentlicht.

Viele Debatten konzentrieren sich auf die Frage, wer 2014-2019 die wichtigsten Entscheidungsträger in der EU sein werden. Wesentlich ist jedoch eine politische Richtungsentscheidung für das Vorgehen der EU nach den Europawahlen vom 22.-25. Mai. Eine solche programmatische Klärung ist insbesondere im Hinblick auf die [Wahl des Kommissionspräsidenten](#) erforderlich, der sich auf eine qualifizierte Mehrheit im Europäischen Rat und eine Mehrheitsfraktion im EU-Parlament stützen können muss. Vor diesem Hintergrund scheinen sich auf Basis des von den europäischen Wählern etablierten [politischen Kräfteverhältnisses](#) drei wesentliche Ausrichtungen abzuzeichnen, die sowohl auf Ebene der EU als auch auf Ebene der Eurozone ein zugleich nachvollziehbareres und zu überzeugenden Ergebnissen führendes Handeln der EU fördern:

## 1. Von der Troika zu einem Dreiklang aus stimulierendem Wettbewerb, stärkender Kooperation und einigender Solidarität

Der im Juni 2012 beschlossene Wachstumspakt hat die Grundlagen für den „großen Kompromiss“ geschaffen, den es nun zu vertiefen gilt. Dazu gehören Strukturreformen in den Staaten, die Öffnung nationaler und europäischer Märkte, aber auch finanzielle Interventionen der EU.

Die EU ist in der Lage, den Weg zum Ausgleich zwischen „Sparen und Wachstum“, der durch die Anpassungen und Reformen der vergangenen Jahre ermöglicht wurde, in den kommenden Halbjahren weiterzugehen: „Sparmaßnahmen aufseiten der Staaten, Wachstumspolitik aufseiten der EU“, wie dies Tommaso Padoa-Schioppa empfohlen hat! Dies setzt eine intelligente Anwendung des Fiskalpakts voraus, die dem Konjunkturzyklus Rechnung trägt und die Zukunftsausgaben sichert. Außerdem erfordert dies eine Ausweitung der EU-Finanzierung von Forschung,

Bildung und Innovation sowie der staatsübergreifenden Infrastruktur in den Bereichen Energie, Umwelt und Kommunikation. Der EU-Haushalt, die Europäische Investitionsbank, Projektanleihen, nationale und gemeinsame Finanzierungen – es gilt nunmehr, alle verfügbaren Instrumente in großem Maßstab zu mobilisieren, um einem deutlichen europäischen Beitrag zur Wiederankurbelung der Wirtschaft, und damit zu Wachstum und Beschäftigung, klarer Gestalt zu geben.

Auch andere symbolisch wichtige Initiativen sollten umgesetzt werden, beginnend mit der Bankenunion, die Exzessen im Finanzsektor besser vorbeugen und die Finanzierung der realen Wirtschaft verbessern wird, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen. Die EU sollte auch Steuervermeidung und -betrug stärker bekämpfen, da sonst die Sparerwartungen an die Staaten und Bürger unakzeptabel wirken. Schließlich sollte die EU die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden und dabei insbesondere [die Kompetenzaufteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten klären](#). Hierzu könnten ein [Konvergenzfonds](#), der Staaten Mittel für strukturelle Reformen zur Verfügung stellt, sowie ein [Mechanismus zur Vorbeugung von Konjunkturschwankungen](#) in der Eurozone geschaffen werden und es könnte zur Ausgabe von Euro-Bonds ermutigt werden..

## 2. Von der europäischen Nabelschau zur Globalisierung

Die hinter uns liegende Wahlperiode war von der Krise der Eurozone geprägt, durch die Unstimmigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und Bürgern deutlich wurden, die aber auch alle Kräfte der europäischen Entscheidungsträger in Anspruch genommen hat – auf Kosten der Herausforderungen, denen sich ganz Europa stellen muss.

Aber schon die Russland-Ukraine-Krise und Syrien zeigen, dass sich Europa **international stärker engagieren** muss, um die zahlreichen Herausforderungen zu meistern, die, wie auch die Öffentlichkeit weitgehend überzeugt ist, ein geschlossenes Auftreten erfordern.

Es gibt viele externe politische Prioritäten, die ganz oben auf die europäische Agenda gehören und in den kommenden Jahren maßgebliche Fortschritte erfordern, um der europäischen Einigung wieder Sinn zu geben: die Schaffung einer „**europäischen Energiegemeinschaft**“ angesichts des Klimawandels und der Abhängigkeit von außen; eine effizientere Strategie für mehr Solidarität bei der illegalen Zuwanderung, etwa durch die Gründung europäischer Grenzschutz; gleichzeitig aber mehr legale Einwanderung, weil Europa älter wird; Selbstbehauptung im Handel und bei Normen als Antwort auf große Staaten, wie China, Russland oder Brasilien, einschließlich **offensiver Verhandlungen mit den USA**; weitere Anstrengungen zur Kontrolle von Finanzexzessen, insbesondere durch die Finanztransaktionssteuer; eine bessere Koordination der Antwort auf terroristische Bedrohungen etwa im Sahel, in Syrien oder anderswo, in einer Zeit, in der sich die USA Asien zuwendet ...

### 3. Vom zudringlichen zum Europa mit Gesicht

Selbst wenn **nicht 80% (sondern eher 20%) der nationalen Gesetze auf die EU zurückgehen**, wurde die EU in den vergangenen Jahren von vielen als sehr aufdringlich empfunden, besonders in den „Programmländern“, aber auch wegen detailverliebter Normen, die schlecht erklärt wurden und häufig auf Ablehnung stießen. Nach dem Rückzug der Troika in Irland und Portugal sind im Hinblick auf die Detailliertheit der Normen und die gemeinschaftlichen Interventionen bis 2019 sicher ähnliche politische Signale notwendig, die zeigen, dass sich die EU auf eine begrenzte Anzahl von Handlungsprioritäten konzentriert, auch wenn

dies nicht bedeutet, dass die EU in allen Bereichen weniger tun sollte.

Vor allem durch eine bessere Repräsentation des Handelns der EU wird dieses in Zukunft besser nachvollziehbar sein. Die EU sollte künftig mit großen Projekten, wie der Förderung einer ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung oder der Verteidigung europäischer Interessen und Werte in der Globalisierung, in Verbindung gebracht werden, verkörpert durch emblematische Projekte, die auf allen Ebenen gefördert werden müssen, wie die Bankenunion oder die Europäische Energiegemeinschaft. Verkörpert wird sie auch durch die europäischen Entscheidungsträger, was eine transparente Funktionsweise voraussetzt, aber auch die Wahl von Politikverantwortlichen, die in der Lage sind, einen direkten und intensiven Dialog mit den Mitgliedstaaten und Bürgern zu führen. Verkörpert wird sie schließlich auch durch die Bürger selbst, die weiterhin berechtigt sein müssen, sich in einem **offenen und sicheren Raum des freien Personenverkehrs** zu bewegen, die aber auch leichter von demokratischen Möglichkeiten Gebrauch machen können sollten, wie etwa vom Recht, Bürgerinitiativen zu gründen.

\*\*\*

Derartige Richtungsentscheidungen sollten natürlich zwischen dem Präsidentschaftskandidaten der Kommission, den Mitgliedern des Europäischen Rats und den Mehrheitsfraktionen des Parlaments eingehend diskutiert werden. Ein solcher „Trilog“ wäre umso nützlicher, wenn er zu einer interinstitutionellen Vereinbarung eines Vertrags für die Legislaturperiode führen würde, der der EU und ihren Bürgern die internen und internationalen Perspektiven bis 2019 geben würde, die diese sowohl auf Ebene der 28 Mitgliedstaaten als auch auf Ebene der Eurozone mehr denn je brauchen.